

Mediziner gegen Cannabis-Legalisierung

Kritik an Plänen der Ampel-Koalition – Kassenärzte verlangen Suchtprävention an Schulen

VON CLAUDIA LEHNEN

Düsseldorf. Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein (KVNO) hält die geplante Legalisierung von Cannabis in Deutschland für „grob fahrlässig“ und wirft der Ampel-Regierung vor, damit die Gesundheit gerade von Kindern und Jugendlichen zu gefährden. Es gebe keine Studien, die einstimmig Vorteile einer Legalisierung belegten. Auch der Schwarzmarkt, das zeige ein Blick nach Kanada und die USA, werde durch die Legalisierung nicht zurückgedrängt, sagte der Vorstandsvorsitzende der KVNO

Frank Bergmann in Düsseldorf: „Gerade Jugendliche werden ihren Stoff weiter illegal erwerben und hier Gefahr laufen, an gestreckten, minderwertigen Stoff zu gelangen.“

Legalisierung trage zudem zu einer Verharmlosung der Droge in den Köpfen Jugendlicher bei. „Es wird suggeriert, dass der Konsum nicht so schlimm sein kann, sonst wäre er nicht erlaubt“, sagt Bergmann. Genau das sei aber ein Irrglaube. „Gerade im jugendlichen zentralen Nervensystem hinterlassen Cannabinoide verheerende Spuren“, so erhöhe der regelmäßige

Cannabis-Konsum: Ärzte weisen auf die Gefahren hin

Konsum beispielsweise das Risiko, psychische Krankheiten wie Depressionen oder Psychosen zu entwickeln. Zudem leide die Gehirnleistung, einige Jugendliche seien wegen Cannabis-Konsums schon heute nicht mehr in der Lage, die Schule oder ihre Ausbildung erfolgreich zu beenden. Bergmann äußert zudem die Sorge, dass eine Legalisierung die Nachfrage nach ärztlichen und therapeutischen Ressourcen massiv erhöhen werde.

„Wenn die Verfügbarkeit durch die Legalisierung steigt, steigt auch der Hilfebedarf. Die Annahme, Jugendliche damit

schützen zu können, ist weltfremd“, sagt der Chef der Psychotherapeutenkammer Gerd Höhner. Das Beispiel Alkohol zeige, dass eine Legalisierung Drogenmissbrauch nicht zurückdränge. In Deutschland konsumieren nach Zahlen des Gesundheitsministeriums fast acht Millionen Menschen Alkohol in riskanter Form, jährlich sterben demnach etwa 74.000 Menschen an den Folgen.

Die KVNO fordert statt Legalisierung ein umfassendes Präventionsangebot. Es dürfe flächendeckend keine Schule mehr ohne Suchtprävention geben.

Foto: dpa